

**INFORMATIONSBÜRO
NICARAGUA e.V.**

RUNDSCHREIBEN 2020



Inhalt:

- 3 editorial
- 10 Die Nicaraguaner*innen ertragen die
Repression geduldig - aber nicht untätig
- 18 Nelly Roque Ordoñez –
ein Leben gegen die Isolation
- 22 Zurück aufs Land
- 26 Menschenrechtsarbeit ist
dringender denn je
- 29 Indigene Autonomie in Mesoamerica –
Im Widerstand gegen Vertreibung
und Dominanzkultur
- 35 Klimagerechtigkeit: Lösungsansätze
jenseits von Wachstum und Weltmarkt
- 42 Unser neues Bildungsprojekt Creando Lazos
- 43 Von Engels gelernt?
Linke Utopien und Praxis in Lateinamerika
- 46 Spenden nach Nicaragua 2019

Informationsbüro Nicaragua e.V.

Deweerthstr. 8
42107 Wuppertal
Telefon 0202 - 30 00 30

Spendenkonto Nicaragua
IBAN DE56 3305 0000 0000 9767 38
SWIFT-BIC: WUPSDE33

Email: info@informationsbuero-nicaragua.org
Internet: www.infobuero-nicaragua.org

Titelbild: Tilman Vogler
Grafik Nahua Script: Marucio Rizo

editorial

Liebe Freund*innen des Informationsbüros,

in diesem Rundschreiben berichten wir wieder über die aktuelle Dynamik in Nicaragua, die Situation unserer Partnerorganisationen und unsere eigene Arbeit in Wuppertal und Deutschland. Äußern wollen und müssen wir uns zuallererst auch über die aktuellen Entwicklungen in Lateinamerika. Lateinamerika brennt! Dabei bewegen wir uns mit unseren politischen Einschätzungen in einem Diskurs, der Ereignisse oftmals reflexhaft in einem Dualismus von Guten und Bösen interpretiert. Insbesondere da, wo wir das Verhalten der Regierung in Nicaragua anprangern, wird uns von manchen vorgeworfen, dass wir uns mit unseren Berichten und Einschätzungen gegen die eigentlich ehemals „Guten“ wenden. Damit würden wir uns gegen eine „linke“ Regierung auf die Seite eines vermeintlich imperialistisch gestützten Aufstands stellen. Wir gehen nicht davon aus, dass sich die Situation in Nicaragua mit diesem Schema erklären lässt. Wir fordern deshalb zuallererst die Rückkehr zu rechtsstaatlichen Grundsätzen, die Beendigung und Aufklärung aller Gewalttaten, die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Wiederherstellung der Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit, Demons-

trations- und Wahlrechte sowie die verfassungsgemäße Ausübung und Kontrolle der Staatsgewalten. Zurzeit gibt es Unruhen und politische Veränderungen in Chile, Bolivien, Ecuador, Kolumbien und Venezuela, die es in die Aufmerksamkeit einer globalen Öffentlichkeit schaffen. Jeder dieser Konflikte hat seine eigene Genese und die Bewegungen in diesen Ländern stehen unter sehr verschiedenen Vorzeichen. Natürlich fühlen wir uns erst einmal näher bei Menschen, die sich gegen eine neoliberale Regierung wie in Chile wenden, als bei denen, die mit ihrem Handeln den ersten indigenen Präsidenten in Bolivien von der Macht gebracht haben. Aber Soziale Rechte müssen – auch bei linken Regierungen- Hand in Hand mit demokratischen Rechten gehen. Wir verurteilen deshalb



(Foto: Tilman Vogler)

Manipulationen, die nur der Machtabstärkung oder der eigenen Bereicherung dienen, auch wenn damit „soziale Gerechtigkeit“ verbunden sein soll. Demokratie beschränkt sich für uns nicht auf Wahlen. Die parlamentarische Demokratie muss durch Formen der direkten und der partizipativen Demokratie ergänzt und fortentwickelt werden. Demokratie von Unten entsteht so auch in Auseinandersetzungen um kommunale Beteiligung, territoriale Rechte, kulturelle Autonomie, Mitbestimmung am Arbeitsplatz und der Verwaltung gemeinsamer Güter. Deshalb unterstützen wir Bewegungen im globalen Süden in ihren emanzipatorischen Kämpfen um politische und soziale Rechte. Das klassische Rechts-/Links-Schema versagt hier ebenso wie eine Überhöhung formaler Wahlrechte gegenüber sozialer Teilhabe. Seit Beginn der sandinistischen Revolution unterstützen wir Bemühungen von nicaraguanischen Basisbewegungen, Gewerkschaften, Massenorganisationen und Frauenorganisationen um soziale Rechte, wie sie auch im Selbstverständnis der sandinistischen Regierung der 80er Jahre staatlicherseits verankert und entwickelt wurden. Dabei verstehen wir diese Rechte allerdings als verfassungsrechtlich zu garantierende Normen, deren Zuteilung nicht von der Gnade der Regierung abhängt und durch Wohlverhalten erkaufte werden muss.

Bei allen Bewegungen sehen wir auch das Bedürfnis nach sozialer Teilhabe, Gerechtigkeit und freier individueller Entfaltung, die wir als legitime Ansprüche verstehen. Dabei dürfen soziale Rechte, genauso wie die kollektive und individuelle Entwicklung nicht auf Kosten der gesamten Menschheit gehen. Eine wirtschaftliche Perspektive, die auf einer globalen Wachstumsperspektive aufbaut, ist deshalb unhaltbar. Dazu gehören auch nationale Strategien der Teilhabe an einem verschärften Extraktivismus.

Wir setzen uns global für eine gerechte Verteilung der Ressourcen ein, wobei wir auf jeden Fall eine Um-

verteilung nicht nur von oben nach unten, sondern immer auch aus dem globalen Norden in den globalen Süden verstehen.

Deshalb heißt internationalistische Solidarität für uns: die Beziehungen zwischen dem Globalen Süden und dem Globalen Norden und ihre Veränderungen zum Zentrum des Handels machen. Denn die politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse in Chile, Kolumbien, Nicaragua, Ecuador oder Bolivien sind wesentlich durch die internationalen machtpolitischen und wirtschaftlichen Austauschbeziehungen geprägt. Durchbrochen werden kann dies nur in dem Maße, wie starke soziale Bewegungen im Süden die Zuschreibung auf diese neokoloniale Rolle infrage stellen, andere Prinzipien erkämpfen (Ernährungssouveränität, indigene und lokale Autonomie, Schutz der natürlichen Güter) und politische Bewegungen im Norden für gerechtere Beziehungen kämpfen. Internationalistische Solidarität heißt deshalb konsequenterweise, dass wir uns als Teil der politischen und sozialen Bewegungen in Deutschland sehen und hier für Veränderungen kämpfen.

Unsere aktuelle Solidaritätsarbeit

In diesem Sinne haben wir im letzten Jahr zusammen mit anderen Organisationen eine große Tagung in Berlin durchgeführt, wo viele Referent*innen aus Nicaragua und Lateinamerika Erfahrungen eingebracht haben, die in eine Debatte um die Zukunft linker Politik einmünden konnten. Wir führen wieder regelmäßige bundesweite Vernetzungstreffen durch mit Gruppen aus der traditionellen Solidaritätsbewegung, mit studentischen Sektoren und Nicaraguaner*innen in der Diaspora (die nächsten sind im Frühjahr und Herbst 2020 geplant) und wir unterstützen örtliche Veranstaltungen. Seit Ende 2018 geben wir alle zwei Monate an über 700 Abonnent*innen einen ausführlichen Newsletter heraus, in dem wir über die aktuelle



Konzert mit Jandir Rodriguez in Wuppertal (Foto: Barbara Lucas)

Lage in Nicaragua berichten, Analysen und Debattenbeiträge veröffentlichen, Aktionen und Kampagnen der Solidaritätsbewegung darstellen, über Rundreisen und Veranstaltungen informieren sowie ein Pressemonitoring zu Mittelamerika und Rezensionen zu wichtigen Publikationen veröffentlichen. Der Newsletter kann hier kostenlos abonniert werden:

<https://www.infobuero-nicaragua.org/kontakt/>

Gute Öffentlichkeitsarbeit kostet Geld.
Neben der Unterstützung der Partnerorganisationen bitten wir um Spenden für unsere Öffentlichkeitsarbeit
Informationsbüro Nicaragua
IBAN: DE47 3305 0000 0000 9636 11
Stichwort: Öffentlichkeitsarbeit

In Wuppertal arbeiten wir in lokalen Bündnissen mit zu den Themen Klima- und Ressourcengerechtigkeit, Textilhandel und Menschenrechte, Mercosur und Freihandel sowie Postwachstum und EU-Wahlen und haben dabei in zahlreichen Veranstaltungen den Standpunkt des Globalen Süden eingebracht.

In 2019 gab es bei uns verschiedene personelle Wechsel. Einige Mitarbeiter*innen aus dem bisherigen Bildungsprojekt haben einen eigenen Verein gegründet und gehen eigene Wege, während Amalia und Barbara in unserem neuen Bildungsprojekt die Projektkoordination übernommen haben.

In diesem Rundschreiben findet Ihr wie immer Ergebnisse und Perspektiven unserer Arbeit. Der einführende Artikel gibt einen Überblick zur aktuellen Lage in Nicaragua und wird ergänzt durch ein Gespräch mit der ehemaligen politischen Gefangenen Nelly Roque aus Matagalpa. Nachfolgend werden zwei Unterstützungsprojekte dargestellt: das Projekt "Zurück aufs Land" der Campesinxs im Exil und die konkrete Menschenrechtsarbeit im Inland und in der Diaspora. Der anschließende Beitrag weitet den Blick auf Mittelamerika und die Kämpfe indigener Völker um Autonomie und gegen Vertreibung und Marginalisierung, was weitgehend unbemerkt auch in Nicaragua zu Konflikten mit Siedlern und zu Waldbränden an der Karibikküste führt. Im nächsten Beitrag machen wir am Beispiel der Klimagerechtigkeit deutlich, was wir unter "Global denken – lokal handeln" verstehen. Wir setzen uns für eine postwachstumsorientierte Lebensweise in Bereichen wie Ernährung, Landwirtschaft, Handel oder Energieversorgung ein und solidarisieren uns mit ähnlichen Bewegungen der Menschen in Mittelamerika gegen die neokoloniale Zurichtung ihres Lebens. "Creando lazos – Verbindungen schaffen" heißt unser neues Bildungsprojekt, das wir Euch vorstellen wollen und Euch einladen wollen, in den nächsten



Solidaritätsaktion am 19. Juli 2019 in Berlin (Foto: Harald Juch)

zwei Jahren unsere Deutsch- und spanischsprachigen Multiplikator*innenseminare zu besuchen und die Bildungsangebote zu nutzen. Zum Abschluss laden wir zu einer spannenden Lateinamerikatagung im Wuppertaler Engelsjahr ein und geben einen Überblick über die Verwendung der Spendengelder.

Last not least bitten wir um die weitere – auch finanzielle Unterstützung unserer Arbeit und um die Verbreitung dieses Rundschreibens, das ihr gerne bei uns kostenlos in Papier oder Digital bestellen könnt.

Wir freuen uns auf gemeinsame Aktivitäten in 2020
Euer Infobüro Nicaragua
Alfredo, Amalia, Andreas, Barbara, Didi, Karsten,
Klaus und Ulla



Die Nicaraguaner*innen ertragen die Repression geduldig - aber nicht untätig

Dieser Satz stammt von Oscar René Vargas, einem intimen Kenner der FSLN. Er ist, um seiner Verhaftung zu entgehen, im Exil in Costa Rica und beobachtet und kommentiert von dort aus die Entwicklung in Nicaragua.

Es ist beeindruckend, mit welcher Ausdauer Teile der Opposition ihren Kampf gegen die Ortega-Murillo-Regierung tagtäglich fortführen. Die Aktionsformen sind vielfältig, meist in Form von Nadelstichen, wie Kurzblockaden, Flashmobs, ein ständiges Aufflackern von Protest, Farbe und Lärm, immer in dem Bewusstsein der übermächtigen polizeilichen Präsenz, Verfolgung, Gewalt und - wenn man nicht schnell genug ist - der Verhaftung. Die Strategie der Regierung, den öffentlichen Raum zu besetzen und damit zu kontrollieren, ist bis heute aufgegangen. Die Bilder der spontanen Massendemonstrationen aus den ersten Monaten des Protestes nach April 2018 sollen nie wieder möglich werden. Die defacto Aufhebung des Rechts auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit wird seit September letzten Jahres per Polizeidekret umgesetzt. Um das Recht auf uneingeschränkte Bewegungsfreiheit (des zirkulierenden Verkehrs) zu garantieren und um zu verhindern, dass Personen den "sozialen Frieden" gefährden, werden sämtliche Formen des öffentlichen Protests durch massenhaften Polizeieinsatz (in Verbin-

dung mit mobilisierten FSLN Anhängern als polizeilich geduldete Schlägergruppen) verhindert. Die Taktik der Demonstranten, sich auf private Grundstücke, wie z.B. Universitätsgelände oder die Areale von Einkaufszentren zurückzuziehen, wird von Seiten der Polizei durch Absperrungen bzw. Einkesselungen gekontert. Der Personalaufwand, der von Seiten der Regierung betrieben wird, ist beeindruckend, so überrascht es nicht, dass in den letzten Monaten fast im 6-Wo-



chenabstand immer wieder in den regierungs(nahen) Kanälen Vereidigungszeremonien von neuen Polizistinnen und Polizisten gezeigt wurden. Sie werden darauf eingeschworen, die „friedliebende Regierung und die sie unterstützende friedliebende Bevölkerung“ gegen alle Versuche von den beim letzten Putschversuch gescheiterten Aktivisten zu schützen. Im Gegensatz zu dem von den internationalen Vermittlern und Organisationen erhofften deeskalierenden Verhalten der



Aus dem Matagalpa Graphic-Kalender 2020 LA LIBERTAD (Grafik: Anibal Mendoza)

Regierung in Wort und Tat, verschärft das Präsidentenpaar kontinuierlich die Repression. Es sind nicht alle politischen Häftlinge freigelassen worden, wie gefordert und versprochen. Die „wichtigen“ Galionsfiguren des Protests wurden unter Auflagen nach Hause entlassen. Sie und alle anderen Ex-Häftlinge berichten von andauernden Bedrohungen gegen sich, ihre Familien und auch Besucher*innen durch vor der Haustür Tag und Nacht wachende Polizisten, in Verbindung mit immer wieder auftauchenden Paramilitärs und/oder provozierenden FSLN „Aktivisten“. Mehrfach wurde in diesem Zusammenhang von den Betroffenen berichtet, im Gefängnis hätten sie sich „sicherer“ gefühlt, allein schon weil die Bedrohung der Familien nicht so akut war. Es gibt vielfältige Berichte von aus dem Gefängnis Entlassenen, denen sowohl von Polizei oder Regierungsanhängern „nahegelegt“ wurde, besser ins Exil zu gehen. Trotz allem sind immer noch viele der Ex-Häftlinge in der Protestbewegung innerhalb Nicaraguas aktiv und einige von ihnen deswegen auch schon wieder in Haft. Im jüngsten Fall (von aktuell einsitzenden politischen Gefangenen) wurden Ex-Häftlinge und deren Angehörige beim Versuch hungerstreikende Angehörige von politischen Gefangenen, die von der orteguistischen Polizei in einer Kirche in Masaya eingekesselt wurden, zu besuchen und mit Wasser zu versorgen, verhaftet und aufgrund von (fabrizierten?) Waffenfunden in den Fahrzeugen, in denen sie unterwegs waren, in Haft genommen. Das Narrativ der Regierung: so sind sie, die Terrorist*innen, vor denen müssen wir die Bevölkerung, die in Ruhe und Frieden und voller Glaube an Gott im gesegneten Nicaragua arbeiten und leben will, schützen. Der Ton von Seiten der Regierung wird schärfer. Die täglichen Monologe der Präsidentengattin bzw. ihre Einlassungen nach irgendwelchen öffentlichen Ansprachen oder Aktivitäten ihres Gatten sind eine Mischung von verquastem, christlich-esoterischen Predigten in sanftem Tonfall, der die

Einheit, die Sehnsucht nach Liebe und Verständnis, Friede und Arbeit, Zukunft und Glaube der Bevölkerung beschwört, gleichzeitig aber jegliche Opposition verteufelt (im wahrsten Sinne des Wortes) bzw. entmenslicht. Die neuesten Bezeichnungen für Menschen, die nicht ihre Regierung unterstützen, lauten: sie sind Bakterien. Bakterien müssen bekämpft und vernichtet werden. Diese Dauerberieselung und Indoktrination auf sämtlichen staatsnahen Kanälen geht auf. Die FSLN-Aktivist*innen und -anhänger*innen, in Oppositionskreisen immer häufiger fanaticos und nicht mehr nur sapos genannt, werden bei ihren Aktivitäten immer radikaler, wie Übergriffe auf Angehörige politischer Gefangener oder gewaltsames Eindringen in diverse Kirchen gezeigt haben. Die friedliche Normalität, so oft von Murillo beschworen und in bonbonfarbenen Bildern in den Staatskanälen inszeniert, hat dort ihr Ende, wo die Kontinuität der Macht in Gefahr scheint. Ortega selbst, international zunehmend isoliert, in seinem direkten Umfeld von immer mehr Mitstreiter*innen um den Machterhalt umgeben, die von Sanktionen betroffen sind und mit den Bildern des aus Bolivien ausgereisten Präsidenten Evo Morales vor Augen, ahnt wohl, dass trotz aller Repression seine Regierung keine ernsthafte Zukunftsperspektive hat. Trotz zunehmender wirtschaftlicher Rezession und steigenden Arbeitslosenzahlen fabuliert er von wirtschaftlicher Zukunft und Aufstieg dank dem Fleiß und der Schaffenskraft der frentetreuen Klein- und Kleinstproduzenten*innen und droht gleichzeitig Teilen des großen, alten, nationalen Kapitals. Diese, vertreten durch den Unternehmerverband COSEP, sind sich immer noch nicht einig, ob sie Ortega fallen lassen wollen oder nicht. Ja, seit April 2018 sind ihre Zahlen rückläufig, aber die Jahre davor haben sie so schöne und einträgliche Geschäfte mit der Regierung und ihr nahestehenden Kreisen gemacht. Es ist kein Zufall, dass der immer wieder von der Opposition geforderte offizielle „paro nacional“ (nationale



(Foto: Isabell Medel, junge feministische Fotografin aus Matagalpa)

Streik) nicht stattgefunden hat, wenn ja, dann in aufgeweichter, gemilderter Form, aber nie als Versuch, unbefristet die Wirtschaft, das Land und damit auch die Regierung lahmzulegen und zu Zugeständnissen zu zwingen. Es scheint, dass die Hoffnung mit dem Regime weiter zu wirtschaften, vielleicht mit ein paar kleinen kosmetischen Veränderungen, dem alten Geld wichtiger ist, als sich auf eine neue

Regierung einzulassen, deren Zusammensetzung man nicht kennt und bei der zu befürchten ist, dass gesellschaftliche Kräfte mitzureden haben werden, deren Interessen sich nicht mit den Kapitalinteressen decken. Diese Widersprüche tauchen auch ständig in den Bemühungen der Opposition nach Einheit für den kommenden politischen (Wahl-)Kampf auf. Die Sammlungsbewegung Unidad Nacional Azul y Blanco hat im September diesen Jahres ein umfassendes nationales Programm vorgelegt, das als Konsens und Grundlage sämtlicher in ihr organisierten Gruppen für die zukünftigen politischen Aktivitäten dienen soll. Betrachtet man das entsprechende Papier der Zweidachorganisation der sozialen Bewegungen und Organisationen der Zivilgesellschaft sieht man die Stärken und die Schwächen der breiten Oppositionsbewegung. Die Dachorganisation fordert z.B. *einen neuen Nationalstaat mit einer stabilen und dauerhaften pluralistischen Demokratie, sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit*, die unidad formuliert etwas wie *die Bürgerbeteiligung am öffentlichen politischen Leben zu garantieren und die politische Richtung des Landes mitzugestalten*.

Vorgezogene Neuwahlen oder nicht - diese Forderung besteht auch mit internationaler Unterstützung weiterhin. Ein politisches Kräftenessen unter der Kontrolle der jetzigen Regierung ist sinnlos. Sämtliche mit der Wahl befassten Strukturen des Staates sind unter Kontrolle und durchsetzt von staatstragenden Frenteanhänger*innen. Erst eine Übergangsregierung, die saubere Bedingungen für neue Wahlen schafft, ist die Grundlage für einen demokratischen Wechsel in Nicaragua. Das Vorgehen und Verhalten der Ortega-Murillo-Regierung im Jahr 2019 zeigt eine zunehmende Bereitschaft, mit allen Mitteln dafür zu sorgen an der Macht zu bleiben. Gerade jetzt im November 2019 wurde der Ortégavertraute Aviles für weitere 5 Jahre als Oberkommandierender der Armee bestätigt. Die Rolle der Armee wird immer mehr in und für die Öff-

fentlichkeit als präsidentennahes, sich mit den Fahnen der Partei schmückendes Prätorianerheer der Macht dargestellt. Für den Polizeiapparat gilt das gleiche. So schwierig und verlustreich es sein wird: bevor es der Opposition nicht gelingt, die Straße mit ihren Protesten zurückzuerobern, die Initiative zu ergreifen und durch eine umfassende, nationale Protest- und Streikbewegung den Staat und seinen Machtapparat zu paralysieren, wird es keine Möglichkeit für einen politischen Wandel in Nicaragua geben. Mit Ortega gegen Ortega geht nicht. In den Aktionen, Protesten und Kämpfen der Zukunft werden sich auch die Mehrheiten innerhalb der Oppositionsbewegung klären. Die Bevölkerung erkennt sehr klar, wer welche Interessen vertritt und diese Klarheit wird sie danach an den Wahlurnen zum Ausdruck bringen. Die Aufgabe der Unterstützer*innen der Opposition im In- und Ausland ist es einerseits, Mittel für die Aktivist*innen zur Verfügung zu stellen, über die Situation zu informieren und das zu nützen, um die hiesigen europäischen Regierungen dazu zu bringen, sich konkret zur diktatorischen Regierung Nicaraguas zu verhalten. Wenn es der Opposition nicht gelingt, saubere Neuwahlen durchzusetzen, werden Familie Ortega und ihre direkten Unterstützer*innen und Profiteure an der Macht bleiben. Das scheint bei genauerem Hinsehen zur Zeit ein globales Problem mit machtaffinen, sich nicht um die Regeln der Demokratie Scherenden, meist auch noch korrupten Regierungschefs und ihren Cliques zu sein. Vielleicht könnte im Fall Nicaraguas seine relative globalpolitische Bedeutungslosigkeit hilfreich sein und es damit der nationalen Protestbewegung ermöglichen, die mehrheitlichen Interessen der Bevölkerung durchzusetzen.

Pablo Ruiz

Nelly Roque Ordoñez – ein Leben gegen die Isolation

Im letzten Rundschreiben haben wir über Nelly, eine Aktivistin aus Matagalpa, berichtet. Wir hatten über ihren Lebensweg im Rahmen der Kampagne „Adoptiert eine politische Gefangene“ recherchiert. Damals saß sie im Gefängnis. Inzwischen wurde sie mit 14 anderen politischen Gefangenen aus Matagalpa unter der Auflage des Hausarrests freigelassen. Wie gestaltet sie ihr jetziges Leben, wie hat die Erfahrung des 9-monatigen Gefängnisses sie verändert?

Ich treffe Nelly im Oktober 2019 in einem Café im Zentrum von Matagalpa, am Parque Ruben Dario. Wir hatten uns auf ihren Vorschlag dort getroffen, ich kannte sie bisher noch nicht. Im Innenhof des Cafes kommt eine junge, selbstbewusste Frau auf mich zu, kurzes Haar, offener, neugieriger Blick, nichts an ihrem Auftritt weist auf ihre Erfahrungen im Gefängnis hin. Wir kommen schnell darauf zu sprechen, wie sie ihren Alltag gestaltet: nichts sei wie vorher, das Wichtigste sei für sie, gegen die Isolation anzukämpfen. Darum hätten die Ex-Gefangenen aus Matagalpa eine Gruppe gebildet, um in Kontakt zu bleiben und sich gegenseitig zu unterstützen. Einer aus der Gruppe habe den Druck der täglich erlebten Schikanen durch die Polizei und die ständigen Kontrollen nicht mehr ausgehalten und sei in die Anonymität der Großstadt Managua abgetaucht.



Nelly weiß, dass sie ständig überwacht wird: ihr Haus, ihre Kontakte, das Telefon, ihre Korrespondenz in den sozialen Netzwerken. Es sei schwer, sich mit Freunden zu verabreden, wenn man auf dieses Kommunikationsmittel verzichten muss. Beispielhaft berichtet sie davon, wie sie zu einer Protestkundgebung nach Managua fahren wollte: sie habe drei Versuche unternommen, mit öffentlichen Bussen in die Hauptstadt zu fahren, jedes Mal sei der Bus von der Polizei angehal-



ten worden und sie wurde gezwungen, den Bus zu verlassen und die Reise abubrechen. – Nelly schaut sich ab und zu zum Eingang des Innenhofes um, ob wir eventuell beobachtet werden, womit sie offensichtlich rechnet. Wir scheinen unbeobachtet zu sein. – Ihr Haus sei vor einiger Zeit mit dem Wort „plomo“ besprüht worden, es bedeutet so viel wie „Bleikugel“, eine direkte Drohung und die Ansage, dass sie unter Beobachtung steht. „Neulich sagte mir eine Freundin, dass wir uns nicht mehr bei mir zu Hause treffen

könnten, sie müsse dann ja damit rechnen, dass dann auch ihr Haus mit „plomo“ besprüht werde.“ Die Isolation greift schon auf den Freundeskreis über. Ihre Arbeit als Fotografin musste sie aufgeben, da ihr aus Angst keiner mehr Aufträge gebe. So lebt sie im Augenblick weitgehend von der Hilfe ihrer Mutter, die in Spanien lebt.

Wie kannst du unter solchen Verhältnissen leben? „Es gibt für mich zwei Alternativen: entweder, ich gebe klein bei, ziehe mich zurück und gebe auf, ein aktiver Mensch zu sein – oder ich bleibe weiterhin jemand, der diese Gesellschaft gestalten will, der politisch aktiv sein will. Ich habe mich für den zweiten Weg entschieden, der erste wäre für mich falsch.“

Proteste gegen die Politik der Regierung werden sehr schnell von der Polizei unterdrückt, deswegen ist sie mit ihren Freund*innen dazu übergegangen, kurze Aktionen von 3 – 5 Minuten durchzuführen, sie zu fotografieren und dann schnell wieder zu verschwinden, bevor die Polizei eingreifen kann. Am besten dazu geeignet sei der Platz vor der Kathedrale in Matagalpa: im Notfall könnten sie in die Kathedrale fliehen.

Was ist ihre Vision für die Zukunft? Sehr schnell kommt Nelly auf das Jahr 2021 zu sprechen. Sie selbst glaube zwar nicht, dass sich an der derzeitigen Situation durch Wahlen etwas ändern ließe. Ortega / Murillo werden bestimmen, was sie an Opposition zulassen, nämlich das, was ihre Macht nicht gefährdet. Ob es eine Partei „Blanco-Azul“ geben wird? „Keine Ahnung, ich weiß nur: Ortega und Murillo müssen weg!“

Was kann die Soli-Bewegung in Deutschland tun? „Ihr könnt uns durch eure Öffentlichkeitsarbeit unterstützen. Das hat uns in der Vergangenheit geholfen und muss auch so weitergehen. Es muss bekannt werden, was wir hier machen, wogegen wir protestieren, dann kann man uns nicht mehr verstecken. Deswegen fand ich es auch wichtig, dieses Gespräch zu führen!“

Otto Weber



Zurück aufs Land

Ich habe Doña Francisca im April des Jahres 2019 auf unserer Berliner Konferenz “Nicaragua und die Zukunft linker Politik” kennengelernt. Erst wollte sie nicht kommen, da sie mit dem Begriff “linke Politik” nichts Gutes verbindet, seitdem die sandinistische Armee in den 80er Jahren ihre Mutter wegen angeblicher Unterstützung für die Contra verhaftete und sie mit ihren kleinen Geschwistern in dem Dorf La Fonseca zurückblieb. Seit 2013 verfolgt die Regierung Ortega sie und die Bauernbewegung gegen den Kanalbau im Süden des Landes erneut mit zunehmender Gewalt, sodass sie mit “linker Politik” etwas vollkommen anderes assoziiert als wir. Dennoch konnten wir uns gegenseitig zuhören und einen gemeinsamen Ausgangspunkt finden. Sie berichtete im April von der schwierigen humanitären Lage der geflüchteten Bauern in Costa Rica im Grenzgebiet zu Nicaragua, die von den Hilfsorganisationen nicht unterstützt wurden und auch keine Arbeit hatten, von deren Einkommen sie hätten leben können. So entstand das Selbsthilfeprojekt “Zurück aufs Land”, das direkt nach ihrer Rückkehr im Juni 2019 mit Spendengeldern des Infobüros begann. Damals schickte sie uns Fotos und berichtete, dass die beteiligten Familien irgendwie im Dorf Upala unterkommen und jeden Tag eine Stunde lang zu dem gepachteten Land hinlaufen mussten. Etwa ein halbes Jahr später, Ende November hat sie irgendwann im Dorf guten Empfang und ruft an, um uns für das Rundschreiben vom Stand des Projektes zu berichten: “Alle Familien hier gehören zur Bauernbewegung, die sich seit 2013



(Foto: Tilman Vogler)

gegen den Bau des Kanals organisiert hat”, erzählt sie. Mit unseren Spenden hat Francisca Ramirez mit anderen vom Consejo Nacional der Bauernbewegung und weiteren regionalen Anführer*innen vom Río San Juan und aus Rivas die Initiative für dieses Selbstversorgungsprojekt ergriffen, denn die Familien wollten weiter Land bebauen und davon leben. “Das war natürlich nicht leicht am Anfang, da wir Geld brauchten, um das Land zu pachten, wenigstens behelfmäßige Unterkünfte zu bauen und vor allem um Saatgut zu

kaufen. Dabei haben uns das Infobüro und zwei andere Hilfsorganisationen geholfen und so konnten wir ein grosses Gebäude für die Unterkunft errichten, sowie Essen, Einrichtungsgegenstände, Werkzeug und Saatgut kaufen.“

Das Gebäude ist aus Baumstämmen, hat Holzbretterwände und Wellblechdach. Hier leben die Familien in abgetrennten kleinen Einheiten. Daneben gibt es noch gemeinsam genutzte Küchen und Latrinen und einen Schweinestall, sie haben frisches Wasser und eine Stromleitung.

“Heute bewirtschaften wir schon 17 Manzanas (1 Manzana sind etwa 0,7 ha Land) und haben dort Malanga und Quequisque (kartoffelähnliche Nutzpflanzen, deren stärkehaltige Wurzelstöcke gekocht und gegessen werden), Yucca, Bohnen, Bananen und Mais angepflanzt und bereits geerntet, was ausreicht, um uns selbst zu versorgen. Wir leben mit 57 Familien hier, etwa 300 Leute, die sich untereinander schon über die Kämpfe gegen den Kanal kennen, und natürlich haben wir die Idee, möglichst noch mehr Geflüchtete miteinzubeziehen.

Der Anfang war sehr schwierig, weil wir ja erstmal auf humanitäre Hilfe angewiesen waren, aber die meisten Organisationen und NGOs bedauerlicherweise weder humanitäre Hilfe noch Hilfe zur Selbsthilfe anbieten, sondern eher Fortbildungen und Weiterbildungen. Aber wenn jemand Hunger hat, dann muss er erst einmal etwas zu Essen bekommen.

Darüber hinaus wollten wir als Gruppe etwas Gemeinsames organisieren und wir wollen evtl. auch gemeinsam zurückkehren, was natürlich auch nur geht, wenn wir uns dann die erste Zeit ernähren können. Wir sind seit Mai schon viel viel weitergekommen und wollen jetzt ein neues Projekt starten und 95 Manzanas Bohnen anpflanzen. Wir haben natürlich immer noch keine Mittel oder gar Rücklagen, deshalb bitten wir weiterhin um Spenden. Pro Manzana brauchen wir 100 US\$



Küche in der neuen Ansiedlung (Foto: Lisa)

für die Pacht des Bodens, 126 US\$ für die Saatbohnen und 54 US\$ für den Dünger, d.h. mit etwa 280 US\$ können wir eine Manzana Bohnen anpflanzen, das ergibt als Ernte später 30-40 Quintales Bohnen (ca. 3-4 Tonnen). Damit können wir uns nicht nur selbst versorgen, sondern hätten sogar noch etwas übrig für den Verkauf und könnten weitere Flüchtlinge damit unterstützen,” berichtet sie Ende November 2019. Doña Francisca klingt hoffnungsvoller als im April diesen Jahres. Jetzt, wo die Grundversorgung gesichert ist, organisieren sich die Campesinos mit anderen Teilen des Widerstandes im Exil.

Wir bitten um Spenden unter dem Stichwort
“Zurück aufs Land”.

Informationsbüro Nicaragua

IBAN: DE56 3305 0000 0000 9767 38

Menschenrechtsarbeit ist dringender denn je

... und die Verteidiger*innen der Menschenrechte werden nach wie vor verfolgt, bedroht, behindert oder gar verhaftet. Die internationalen Menschenrechtskommissionen der UNO und der OAS mußten das Land verlassen, unserer Partnerorganisation CENIDH wurde die Rechtsform entzogen und ihr Besitz beschlagnahmt. Aufgrund der Bedrohung mußte ein Teil der Gruppe nach Costa Rica ins Exil flüchten, nur ein kleiner Teil blieb im Land, unter ihnen Vilma Nuñez, die langjährige Präsidentin. Natürlich sind die Aktionsmöglichkeiten von CENIDH enorm beschränkt worden, was das Team aber nicht daran hindert, weiterhin möglichst viele Menschenrechtsverletzungen zu dokumentieren, Rechtsbeistand anzubieten und vor allem die Menschenrechtsverletzungen öffentlich anzuklagen, auch wenn ihre Veranstaltungen inzwischen ständig von Polizisten umstellt werden, um Besucher abzuhalten. Die unerschrockene Ehrenpräsidentin der Gruppe, Vilma Nuñez, hatten wir im April zu der Tagung "Nicaragua und die Zukunft linker Politik" in Berlin zu Gast und trafen sie erst kürzlich erneut in Bremen, wo sie mit dem Bremer Friedenspreis geehrt wurde. Dort beschrieb Luise Scherf in ihrer Laudatio, wie Vilma Nuñez bereits als Studentin unter Somoza zur Menschenrechtsaktivistin wurde, auch in den 80er Jahren unter der sandinistischen Regierung ihre Unabhängigkeit bewahrte und deshalb im Innenministerium als Störenfried angesehen wurde, und natürlich heute ständiger Bedrohung ausgesetzt ist.

Da aber die Dokumentation der täglichen Übergriffe auch für eventuelle spätere Prozesse nach internationalen Standards erfolgen muss, unterstützten wir im Juni 2019 ein Treffen mehrerer Organisationen der Zivilgesellschaft, das der Absprache und Vereinheitlichung ihrer Arbeit diente. Unter den teilnehmenden Organisationen waren Zusammenschlüsse von Opfern der Repressionen im Zusammenhang mit der Aprilkrise, Familienangehörige, ehemalige Häftlinge, Menschenrechtsverteidiger*innen und andere zivilgesellschaftliche Organisationen.

Der Austausch wurde von einer internationalen Organisation angeleitet, die über langjährige Erfahrung in



Dr. Vilma Nuñez und Luise Scherf in Bremen (Foto: Barbara Lucas)

der Verteidigung der Menschenrechte in internationalen Foren verfügt. Die Teilnehmenden machten eine Selbstdiagnose ihrer Leistungsfähigkeit und besprachen, wie sie unter den jetzigen Bedingungen ihre Arbeit innerhalb und außerhalb Nicaraguas mit neuen Konzepten und Instrumenten effektiver gestalten können. Es wurde vereinbart, neue Trainingssitzungen einzuberufen, um den Umfang der Verteidigung und der Vertretung der Opfer zu erweitern. Dafür und für die Unterstützung der nach wie vor über 140 politischen Gefangenen und ihrer Angehörigen bitten wir auch weiterhin dringend um Spenden.

Die regelmäßigen Berichte der verschiedenen Gruppen können jederzeit bei uns angefordert und eingesehen werden. Wir nutzen sie für unsere Referententätigkeit, aber auch beispielsweise für die Information von Politiker*innen, wie im Falle der Parlamentarierdelegation des Bundestages nach Nicaragua und Honduras im Oktober diesen Jahres.

Indigene Autonomie in Mesoamerica – Im Widerstand gegen Vertreibung und Dominanzkultur

Weltweit zählen 350 Millionen Menschen zu den „indigenen Völkern.“ Garifuna sind eine Volksgruppe mit über 100.000 Angehörigen besonders in Zentralamerika. Sie ging aus einer Vermischung von schwarzen Sklav*innen westafrikanischer Herkunft mit indigenen Kariben hervor. Diese werden auch als indigene (teilweise auch als afroindigene) Gemeinschaften bezeichnet, obwohl sie zu Recht auf ihren kulturellen Unterschieden bestehen. In fast allen Ländern Mittelamerikas leben indigene Völker. In Guatemala bilden sie sogar die Mehrheit der Bevölkerung. Dort sind es Maya-Ethnien, die zusammen mit den Garifunas und den Xinca als „Völker innerhalb der Nation“ durch die Verfassung anerkannt werden. In Honduras sind etwa 10% der Bevölkerung Indigene, darunter die Lenca, Garifunas und Miskitos. Mehr als Dreiviertel von ihnen leben auf ihren angestammten Territorien, die meisten in Gebieten mit sehr hoher Biodiversität und/oder großem Reichtum an Bodenschätzen. 70% der Regenwälder von Honduras liegen auf indigenem Gebiet. Ihr gestiegenes Selbstbewusstsein bringt sie und ihre Organisationen COPINH und OFRANEH seit dem Putsch 2009 immer mehr an die vorderste Front in der Ab-



Seminar von Cejudhcan (Foto: Cejudhcan)

wehr großer privatwirtschaftlicher Investitionsprojekte (Kraftwerke, Tourismus, Bergbau, Monokulturen). In Honduras und Guatemala scheinen alle aktuellen Auseinandersetzungen weiterhin ethnisch konnotiert. Die herrschende Klasse sowie Militär, Regierung und Justiz sind in weiten Teilen weiß bzw. Mestizen mit einem latenten bis aggressiven Rassismus gegenüber den Indigenen. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auf dem Land hingegen sind Indigene, die sich ge-

gen Vertreibung, Landnahme und Dominanzkultur zur Wehr setzen müssen. Denn die indigenen Völker sind die Opfer der Landnahme für extraktive Projekte, für Energie- und Infrastrukturprojekte und Agroindustrieanlagen, während die Nutznießer ausländische Unternehmen sind, die ihre Interessen über ihre Statthalter (Regierungen, Militärs, private Sicherheitsdienste, bezahlte Mörderbanden) durchsetzen.

Dem Anschein nach ist dies in Nicaragua völlig anders. Im Nationalcharakter der Nicaraguaner*innen wird das „Indigen-Sein“ allgemein anerkannt. Dies zeigt sich nicht nur im Selbstverständnis des „wir Alle sind Indigene“; indigene Symbolik prägt die Festkultur, die indigenen Führer Diriangen und Nicarao bilden bei Dichtern und in der Volkskultur eine Identifikation gegen Kolonialmächte. Mit den Masken der „Gueguense“ (eine Art indigener Jahrmarkts-Karneval) wurden früher die spanischen Kolonialherren -heute vielleicht die politische Klasse - lächerlich gemacht, denen das Volk vermeintlich huldigt, seine Ansichten aber in Wirklichkeit hinter einer Maske versteckt.

In Nicaragua leben gut 300.000 Indigene in den autonomen Regionen der Karibikküste, darunter Miskito, Mayagnas und Ramas. Obschon ihre formale verfassungsmäßige und repräsentativ-politische Autonomie seit den 90er Jahren weitgehend entwickelt wurde, sind sie vom kommerziellen Holzeinschlag, dem massiven Eindringen von Siedlerbewegungen und dem interozeanischen Kanalprojekt sowie weiterer kommerzieller Konzessionen massiv bedroht. Hinzu kommen weitere 300.000 Indigene in den zentralen Regionen, deren Anerkennung als indigene Ethnien mit autonomen Repräsentationsrechten zwar historisch bis in die Kolonialzeit zurück verbrieft, aber politisch weiterhin umstritten ist und bei Wirtschaftsprojekten völlig missachtet wird. Ihre Organisation in indigenen Gemeinden und Vertretung durch einen *Indigenen Rat des Pazifik, Zentrum und Norden* wird manipuliert, politisch ausgegrenzt und wirtschaftlich marginalisiert,

wird aber in den Auseinandersetzungen um Demokratie und Menschenrechte eine wachsende Rolle spielen. Indigene Gemeinschaften haben in ihren Sitten und Gebräuchen vor allem einen besonderen Bezug zu den seit Jahrhunderten bewohnten, vorkolonialen Territorien. Diese umfassen neben dem Boden auch Luft, Wasser und Wälder, alle natürlichen Gemeingüter, ihr ganzes Habitat. 60 % der weltweiten Rohstoffe befinden sich im Bereich eben dieser indigenen Territorien. Bergbau-, aber auch Energie-, Tourismus- und andere Infrastrukturprojekte sowie die Folgen des Klimawandels bedrohen mehr denn je die materielle und spirituelle Existenz der Gemeinschaften, ihre Philosophie und Kultur.

Wenn aktuell die Medien schreien: „Jetzt brennt der Urwald!“ gilt dies im wörtlichen Sinne für den Amazonasregenwald, aber auch als Metapher für den Zustand der Welt. Der Brand des Naturreservats Indio Maíz war in Nicaragua der Auslöser für die monatelangen heftigen Proteste im ganzen Land. Beides sind Beispiele für eine flächenfressende Agrarpolitik, die nicht nur das Klima killt und sich selbst die Ressourcen abgräbt, sondern auch genau den Lebensraum indigener Völker vernichtet. Im Aufruf der Indigenen Völker zur Rettung des Urwalds sind drei Handlungsdimensionen enthalten:

- Ein Aufruf zur Rettung des Regenwaldes als wichtige klimapolitische Ressource
- Ein Aufruf zur Verteidigung indigenen Lebensraumes und damit Autonomie
- Und (sicherlich am schwierigsten) gerechte und nachhaltige Lebens- und Produktionsbedingungen für alle Menschen auf der Welt.

„Die Verteidigung der Territorien ist für uns Leben, das bedeutet Hoffnung für uns; die Erde gibt uns, sie lässt uns wachsen“, sagt Lesbia Artola. Durch ihre besondere Bindung an die Gemeinschaft und an das



Bestiario Nahuátl von Pablo Pupiro

Territorium mit seinen Gemeingütern setzen Indigene einen bewahrenden Impuls gegen den ausplündernden (extraktiven) Kapitalismus und können vielleicht auch Anregungen geben für eine lokale am Gemeinwohl orientierte Ökonomie und damit nichtkapitalistische Postwachstumsgesellschaft. Heute verbindet sich die ökologische Frage mit der sozialen Frage neu: Das Land, die Wälder und anderen natürlichen Ressourcen sind endlich, die kapitalistische Landwirtschaft lässt die Böden degradieren, die Flüsse verseuchen und die Bäume vernichten. Schätzungen einer Weltbankstudie zufolge werden alljährlich 10 Millionen Menschen weltweit durch Entwicklungsprojekte vertrieben. Trotz offizieller Zielsetzung von Entwicklungsprojekten, die Lebensbedingungen zu verbessern, verlieren gerade

durch Infrastrukturprojekte viele Betroffene ihre Erwerbsmöglichkeit, ihr Zuhause, ihr Land und damit den Zugang zu Nahrung. Ein regelmäßig wiederkehrendes Muster besteht darin, dass marginalisierte Bevölkerungsschichten und insbesondere Indigene überproportional von Vertreibungen betroffen sind.

Das extraktive Modell kommt an seine Grenzen, während es zugleich die indigenen Völker in ihrer Lebensexistenz bedroht. Sie verdienen unsere Solidarität und zeigen zugleich auf, wie wir in unserem Bemühen um eine nachhaltige nichtkapitalistische Postwachstumsgesellschaft von ihnen lernen können. Bei der Nahrungsmittelproduktion stehen sie mit ihrer kleinbäuerlichen Produktionsweise in Konkurrenz zur Agroindustrie. Diese hat klimapolitisch große Nachteile: sie kommt mit hohem Technologie-, Ressourcen (Saatgut, Düngemittel, Pestizide, Insektizide)- und Energieeinsatz und großem Flächenverbrauch einher, während die indigene und kleinbäuerliche Nahrungsproduktion arbeitsintensiv, energiearm, ressourcensparend und landschonend organisiert ist.

Das neue *Nahua Script 17* mit dem gleichen Titel *Indigene Autonomie in Mesoamerika – Im Widerstand gegen Vertreibung und Dominanzkultur* vertieft die hier angerissenen Fragen und Themen.

Mit unserem Rechtshilfefonds unterstützen wir über unsere Partnerorganisation CEJUDHCAN (Centro por la Justicia y Derechos Humanos de la Costa Atlántica de Nicaragua) die Verteidigung indigener Gebiete.

Spendet an:

ArGe Rechtshilfefonds Mittelamerika:

IBAN: DE83 3305 0000 0000 9171 79

Stichwort: Indigene Rechte in Nicaragua

Egal wie viel – Jeder Euro hilft den Indigenen in Nicaragua im Kampf zur Legalisierung ihrer kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Rechte.

Klimagerechtigkeit: Lösungsansätze jenseits von Wachstum und Weltmarkt

In Zentralamerika ist der Klimawandel längst Realität. Extreme Dürre, Überschwemmungen und häufige Wirbelstürme bedrohen das Leben vor allem der Kleinbäuer*innen. Während die internationale Gemeinschaft noch diskutiert, was dem Klimawandel entgegengesetzt werden kann, sind die Menschen in Zentralamerika selbst aktiv geworden. Durch eine diversifizierte Landwirtschaft versuchen sie die Risiken unvorhersehbarer Wetterphänomene abzumildern und durch schattenspendende Bäume und eine organische Landwirtschaft zur Wiederaufforstung, Veränderung des Mikroklimas und Gesundung der Böden beizutragen. Mit einem Klima-Netzwerk und lokalen Messstationen sollen Aussaat und Anbauprodukte optimal an die erwarteten Niederschläge angepasst werden. Landwirtschaft, Umwelt- und Klimaschutz ergänzen sich dadurch gegenseitig. Dieser Ansatz einer kleinbäuerlichen nachhaltigen Landwirtschaft in Zentralamerika will mit dem Entwicklungsmodell brechen und die Produktion darauf ausrichten, die Familien sicher, gesund und nachhaltig zu versorgen. Produktionsüberschüsse werden auf lokalen Märkten verkauft. Das macht die Menschen weniger abhängig von schwankender Nachfrage und Preisen auf den Weltmärkten und nährt dabei die Hoffnung, den Klimawandel überleben zu können.

Mit Gästen der Kommunalbewegung Matagalpas und der politischen Umweltbewegung MOVIAE EL Salvadors diskutierten wir zwei Tage in Wuppertal, wie ein auf Export und Wachstum basiertes Wirtschaftsmodell die ökologische Krise und den Klimawandel in Zentralamerika verschärft hat, wie wir zusammen arbeiten und was wir in Europa und Wuppertal tun können. Wie kommen wir zum Einstieg in eine Postwachstums-gesellschaft, wie zu einer Ernährungswende und zu einer gerechteren Rohstoffpolitik? Was heißt das für die EU Handels- und Agrarpolitik? Wie muss eine lokale Agenda gestaltet sein?



Beim Klimastreik in Wuppertal (Foto: Barbara Lucas)

Unsere Grundlage ist der Ansatz der Klimagerechtigkeit, den alle Teilnehmenden (Falken, BUND; Klimanetzwerk, Greenpeace, Anti-Freihandel-Aktionsbündnis, Informationsbüro Nicaragua, Klimagewerkschafter) teilten. Darunter verstehen wir eine gerechte Aufteilung der klimabeeinflussenden Verbrauchsfaktoren wie Treibhausgase, Rohstoffe, Flächenverbrauch etc. so dass alle Menschen einen gleichen Pro Kopf Verbrauch zugestanden bekämen und der Konsum-/Produktions- und Lebensstil der Gesellschaften diese Werte nicht überschreiten dürfte (Nord-Süd-Gerechtigkeit). Zugleich müssten die Durchschnittswerte („planetare Obergrenzen“) so gesenkt werden, dass die nachfolgenden Generationen keine schlechteren Lebensverhältnisse vorfinden (Intergenerationen-Gerechtigkeit). Klimagerechtigkeit kann auf verschiedene Weise hergestellt werden: Dabei ist „Ausbau von Handel, Wissensaustausch und Wirtschaftskooperation“ für uns kein Lösungsansatz. Auch Grüner Technologieexport in den Süden, damit der Süden weniger Rohstoffe etc. verbraucht, und Klimafonds bzw. Klimapartnerschaften zur Kompensierung der Anpassungskosten des Globalen Südens an Klimaveränderungen sind nur halbherzige Lösungen, solange sie der Verlängerung unseres zerstörerischen Wirtschaftsmodells dienen. Wir müssen unseren Lebensstil im Norden so umbauen, dass wir den eigenen Verbrauch auf Weltdurchschnitt reduzieren.

Ressourcen- und Klimagerechtigkeit in der globalen Landwirtschaft

Bei der Gegenüberstellung zeigt sich, dass die industrialisierte Landwirtschaft zwar arbeitskräftearm ist, aber ihre Erträge nur mit hohem Ressourcen- und Flächeneinsatz steigern kann, während die kleinbäuerliche Landwirtschaft ressourcen- und klimaschonend produziert. Zudem lebt knapp die Hälfte der Menschheit auf dem Land -meist in prekären Lebens-

verhältnissen- und produziert den größten Teil aller Lebensmittel. Kleinbäuerliche, arbeitsintensivere und auf Vielfalt ausgerichtete Strukturen sind folglich die Garanten und Hoffnungsträger einer sozial, wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen Lebensmittelversorgung durch hinlänglich widerstandsfähige Anbau- und Verteilsysteme. In Mittelamerika ist zwischen 1990 und 2009 die Fähigkeit zur Ernährungsversorgung („Ernährungssouveränität“) verloren gegangen, als Folge der industriellen Agrarexportproduktion und Freihandelspolitik von USA und Europa, da Grundnahrungsmittel produzierende Kleinbauern mit den industriell produzierten und subventionierten Nahrungsmitteln nicht mehr konkurrieren können. Aktuelles Beispiel sind Produktion und Export von Agrarkraftstoffen aus Zuckerrohr, die besonders in Nicaragua und El Salvador zulasten der Nahrungsmittelversorgung ausgeweitet wurden.

Anforderungen an eine Klimafreundliche Ernährung im Norden

Auf dem Acker sollen bienenfreundliche kleinteilige Strukturen mit natürlicher Begrenzung (Heckenstrukturen) in diversifizierter kleinbäuerlicher Landwirtschaft mit kleineren Landwirtschaftsmaschinen betrieben werden, Dünger und Pestizide sollen reduziert und der örtliche Samen („semilla criollas“) geschützt werden. Neue Beziehungen zwischen Stadt und Land (Urban Gardening, Grüne Dächer), zwischen Produzent*innen und Konsument*innen (SoLaWi) sollen entstehen. Einkaufen soll wieder wohnortnah (zu Fuß) möglich sein; es sollen Fairer Handel, lokale Bio-Märkte und Unverpacktläden ausgebaut, lokales Food Sharing gefördert, wiederverwendbare Verpackungen entwickelt und die Lebensmittelkennzeichnung verbessert werden.

Taste the waste: Lebensmittelabfälle sollen vermieden werden durch eine differenziertere Auszeichnung



sitzend von links: Ulla Sparrer/Informationsbüro Nicaragua, Janett Castillo/MCM Nicaragua, Mario Maradiaga/Moviac El Salvador, Samuel Weber/Ökumenisches Büro München (Foto: Beate Petersen)

(MHD), Tausch-comunities/Food sharing, Containern, Spendentafeln, give-Boxes, freigegebene Ernten und maßvolles Einkaufen.

Klimafreundlich essen und trinken ist möglich durch Selbstanbau (Balkon, Urban Gardening, SoLaWi) und regionale Nährstoffkreisläufe, saisonale Produkte, Kranwasser, Konservieren, weniger Fertigprodukte, Vorbereiten von Mahlzeiten für den Arbeitsalltag, rohes Gemüse und natürliche Kühlung.

Energiewende

Die Grafik zum Erdüberlastungstag, an dem die Ressourcen der Erde, die in einem Jahr wiederhergestellt werden können, verbraucht sind, ist höchst erschreckend! Unser Konsum- und Lebensstil bewirkt, dass wir 2019 in Deutschland bereits Anfang Mai unsere Ressourcen verbraucht haben. Die restlichen acht Monate nutzen wir die Ressourcen anderer Länder, meist zu Lasten von dortigen Menschen und Mitwelt.

Nur fünf Staaten wirtschaften so, dass ihre Ressourcen bis in den Dezember reichen werden: Cuba, Nicaragua, Irak, Ecuador und Indonesien. Statt Überfluss und Ressourcen-Verschwendung muss die erneuerbare Energie ausgebaut werden. Die Beschlüsse der Bundesregierung (Kohlekompromiss, Klimapaket, Gas-Offensive) blockieren die Energiewende. Die Gewerkschaften gehen mit den existenzbedrohenden Folgen der Klimakrise unterschiedlich um, instrumentalisieren teilweise die Arbeitnehmer, um alte Geschäftsmodelle zu retten, andere wollen als Teil der Lösung umsteigen und zukunftsfähige sinnstiftende Arbeitsplätze erhalten bzw. neu schaffen. Aktiven Klimaschutz betreiben BürgerEnergieGenossenschaften, indem sie mit Bürger*innen-Geld öffentliche Dächer mit Gemeinschafts-PV-Anlagen zur Sonnenenergie-Nutzung belegen.

Handel und Klima

Zwischen der Handelspolitik und dem Klima gibt es direkte Bezüge:

- Klimaauswirkungen des internationalen Gütertransports, der sich durch die aktuellen Handelsverträge bis 2050 vervierfachen wird. 80% aller Warentransporte erfolgen mit Containerfrachtschiffen, die Schweröl verbrennen. Durch die Niedrigbesteuerung werden Schweröl, Kerosin und Diesel staatlich subventioniert. Fürs Klima könnten Maßnahmen ergriffen werden, die zu einem geringeren internationalen Warentransportvolumen führten. So sind die aktuell hohen CO₂ Konzentrationen erst seit den 2000er Jahren rasant angestiegen. In den Transportpreisen spiegeln sich ja nicht die Klima-, Umwelt- und Gesundheitskosten.
- Sonderrolle der Handelspolitik: Oberstes Prinzip der EU-Handelsverträge ist die Ausweitung von grenzüberschreitendem Handel bzw. grenzüberschreitenden Investitionen. Andere Ziele wie Klimaschutz und Menschenrechte dürfen den Handel nicht behindern und

sind nicht sanktionsbewehrt. Unternehmen jedoch können gegen Handels- und Investitionshemmnisse klagen. Freihandelsverträge unterstützen klimaschädliche Geschäftsmodelle.

Unsere Forderungen

- Ernährungssouveränität und Wertschöpfung im Globalen Süden statt Entwicklung durch Freihandel auf Kosten des Klimas!
- Für eine internationale Zusammenarbeit zur Lösung der Menschheitsprobleme – Klima, Menschenrechte und Demokratie zuerst!
- ‚Binding Treaty‘ im UN-Menschenrechtsrat soll den faktischen Vorrang des Handelsregimes im Völkerrecht beenden und Unternehmen für Menschenrechtsverstöße haftbar machen: www.attac.de
- Ein deutsches Lieferkettengesetz soll den Unternehmen die menschenrechtliche Verantwortung für ihre gesamte Zulieferkette zuweisen: <https://lieferkettengesetz.de/>
- Die nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der UNO zur Richtschnur der kommunalen Politik machen!
- Alternativen zum BIP entwickeln als Gradmesser für ein „Gutes Leben“
- Gemeinwohlökonomie, soziales Eigentum und soziales Gemeinwesen ausbauen

Unser neues Bildungsprojekt Creando Lazos

Anfang November 2019 haben wir mit unserem neuen Bildungsprojekt "Creando lazos" (Verbindungen schaffen) begonnen. Im Rahmen dieses Projektes werden neue Materialien zu den Themenbereichen Menschenrechte, Migration und Demokratie in Nicaragua und Zentralamerika erstellt, die sowohl in der Schule wie auch für außerschulische Arbeit verwendet werden können. Unsere bisherigen Workshops zu den obigen Themen sowie zu Rassismus, Kolonialismus, Klimagerechtigkeit, Umweltkonflikten und Wirtschaft werden somit fortentwickelt und aktualisiert.

Ab Sommer 2020 bieten wir auch wieder Multiplikator*nnenseminare mit den neuen Materialien an. Natürlich stehen wir selbst und Gäste der befreundeten Partnerorganisationen aus Nicaragua auch jederzeit als Referent*nnen für Workshops, Trainings und Veranstaltungen zur Verfügung.

Ab Ende 2020 bieten wir darüberhinaus die Materialien auch für den Spanischunterricht und für Spanischkurse an und werden spanische Muttersprachler*nnen als Multiplikator*nnen ausbilden.

Wir wollen mit unserem Bildungsprojekt zum einen Lehrer*nnen und Pädagog*nnen ansprechen und zum anderen Aktionsgruppen die Möglichkeit geben, auf unsere langjährige Erfahrung und Expertise zurückzugreifen. Bitte spricht uns an und fragt nach den konkreten Bedingungen.

Die Materialien und weitere Hintergrundinformationen stellen wir nicht nur auf unserer Website zur Verfügung sondern ihr könnt sie auch über einen Email-Newsletter mit sowohl spanischen wie auch deutschen Texten bei uns bestellen.



Lateinamerika gilt als Experimentierfeld für neue politisch-ökonomische Ansätze. Das klassische Rechts-/Links-Schema versagt da, wo unter einer sozialen Dynamik emporgekommene Regierungen wie in Nicaragua, Ecuador, Venezuela oder Bolivien in der Verteidigung ihrer Macht selbst in Widerspruch geraten zu sozialen, demokratischen oder Umweltbewegungen. Gibt es neue Utopien für die Vergesellschaftung der Produktion in den Händen neuer Subjekte (solidarische Ökonomie, besetzte Betriebe)? Welche Rolle können kommunitäre Bewegungen, Bürgerhaushalte oder räteähnliche Comunas für die Fortentwicklung direkter Demokratie spielen? Wie kann das Wechselspiel zwischen politischer Macht und sozialen Bewegungen organisiert werden?

Von Engels gelernt? Linke Utopien und Praxis in Lateinamerika

Im Festjahr des 200. Geburtstag von Friedrich Engels **www.engels2020.de** führt das Informationsbüro Nicaragua zusammen mit der Arbeitsgemeinschaft Lateinamerika an der Bergischen Universität Wuppertal vom 9.-11.9.2020 einen Fachkongress mit Aktivist*innen und Bewegungsforscher*innen aus Lateinamerika und Europa durch, wozu alle herzlich eingeladen sind. Neben einer Bestandsaufnahme der realen sozioökonomischen Konflikte und einem Blick auf die Rezeption von Friedrich Engels in Lateinamerika steht die politische Praxis sozialer Bewegungen im Vordergrund.



(Foto: www.engels2020.de)

- Organisation von Produktion und Reproduktion in territorialen Bewegungen „Territorien des Widerstandes“
- Imperiale Lebensweisen Extraktivismus und Buen Vivir: Erfahrungen und Alternativen des gesellschaftlichen Naturverhältnisses
- Lokale Autonomie und Nationaler Staat Verfassungstheorie und -wirklichkeit in Bolivien und Ecuador

Mit: Alix Arnold, Ulrich Brand (Österreich), Raúl Godoy (Argentinien), Raúl Prada (Bolivien), Sandra Ramos (Nicaragua), Aaron Tauss (Kolumbien), Anne Tittor, Oscar Vega (Bolivien), Raúl Zelik und vielen anderen.

Im Rahmenprogramm sind Besichtigungen auf den Spuren von Engels in Wuppertal und eine öffentliche Podiumsdiskussion. Im Anschluss planen wir ein Nicaragua-Vernetzungstreffen.

Aufruf zum Mitmachen:

Fachkongress vom 9.-11.9.2020, Wuppertal

Wir freuen uns über Vorschläge für weitere Beiträge.

Infos und Anmeldung:

<https://www.infobuero-nicaragua.org>

Die Panels:

- Der Neue Staat. Abschaffung oder Bürokratiemonster?: Erfahrungen mit Räten in Lateinamerika.
- Wenn die ArbeiterInnen die Betriebe übernehmen: Neue Formen von Arbeitermacht und Arbeitsdemokratie
- Neue Eigentumsformen, die Verteidigung von Gemeingütern und Solidarische/ Gemeinwohlökonomie jenseits von Markt und Konkurrenz; Care Ökonomie

Spenden nach Nicaragua 2019

Frauenrechte	3300 €
Demokratie/Partizipation	3300 €
Menschenrechte	3300 €
Projekt "Rückkehr aufs Land" in Costa Rica	5500 €
Antirepressionsarbeit	5100 €
Gesamt	20500 €



(Grafik: Jule Steinbach)

Die Spenden, die bei uns als allgemeine Spenden für Nicaragua eingehen, haben wir zu gleichen Teilen an Netzwerke der Frauenbewegung, Netzwerke der Protestbewegung und Gruppen, die Menschenrechtsarbeit machen, weitergeleitet. Aus Sicherheitsgründen und um unsere Partnerorganisationen zu schützen machen wir keine genaueren Angaben mehr. Näheres gerne auf Nachfrage.

Über die Unterstützung unserer Arbeit freuen wir uns:

für Öffentlichkeitsarbeit
auf das Konto

IBAN: DE47 3305 0000 0000 9636 11

**für die Arbeit unserer
Partnerorganisationen in Nicaragua**
auf das Konto

IBAN: DE56 3305 0000 0000 9767 38

bei der Sparkasse Wuppertal
SWIFT-BIC: WUPSDE33
Informationsbüro Nicaragua



Das Rundschreiben 2020 wurde aus Mitteln des
Kirchlichen Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt -
Evangelischer Entwicklungsdienst gefördert.
Vielen Dank!

Nahua Script 17

*Indigene Autonomie in Mesoamerika im
Widerstand gegen Vertreibung und Dominanzkultur,
150 Seiten, Januar 2020, 8 €.*

*Der Sammelband gibt indigenen Völkern
insbesondere in Nicaragua, Guatemala, Honduras
und Mexiko das Wort und beschreibt ihren Kampf
um Land und die Verteidigung der Natur.
Mit Interviews, Analysen, Kampagnen, Solidaritäts-
beispielen, Serviceteil. Bestellung per mail:
info@informationsbuero-nicaragua.org*



script

17

**Indigene Autonomie
in Mesoamerika**
Im Widerstand gegen
Vertreibung
und Dominanzkultur